



Seite: 2
 Ressort: Politik

Ausgabe: Hauptausgabe

Bayern stellt sich gegen Abschaffung der Tests

München/Berlin – Die geplanten Neuregelungen bei Corona-Tests für Reiserückkehrer stoßen auf Zustimmung, aber auch auf Widerstand. Eine Abschaffung der verpflichtenden Tests für Rückkehrer aus Risikogebieten wäre nach Ansicht von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder ein Fehler. „Corona ist gefährlich, die Infektionszahlen schnellen hoch, deshalb müssen wir testen“, sagte der CSU-Chef. Kritik kam auch von der Luftverkehrswirtschaft, die herbe Einschnitte im Reiseverkehr befürchtet.

Die Gesundheitsminister von Bund und Ländern hatten am Montag vorgeschlagen, dass es kostenlose Corona-Tests für Urlauber bei der Einreise nach Deutschland nach Ende der Sommerreisesaison nicht mehr geben soll. Außerdem soll die erst kürzlich eingeführte Testpflicht für

Rückkehrer aus Risikogebieten wieder abgeschafft werden. Für solche Reisen soll wieder ausschließlich die Quarantäneregelung gelten. Die 14-tägige Quarantäne soll man nur dann vorzeitig verlassen dürfen, wenn ein frühestens fünf Tage nach der Einreise gemachter Test negativ ausfällt.

Begründet werden die angestrebten Änderungen damit, dass Labore personell und mit Blick auf nötiges Material an ihre Grenzen stießen, dass der Sommerreiseverkehr abnehme und in Vorbereitung auf Herbst und Winter die Corona-Teststrategie neu ausgerichtet werden müsse. Zunächst handelt es sich um Vorschläge. Entschieden ist noch nichts. Über das Thema dürften die Ministerpräsidenten der Bundesländer und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Donnerstag bei

ihrer Videokonferenz beraten.

Aus Bayern kommt Widerstand. Selbst von der Opposition erhält der Ministerpräsident im Grundsatz Unterstützung. „Söder hat ja Recht“, sagte die SPD-Gesundheitspolitikerin Ruth Waldmann unserer Zeitung. Die Tests dürften „jetzt nicht wieder eingedampft werden“, nur weil die Umsetzung schwierig ist.

Doch Bayern müsse jetzt die Strategie an den Grenzen umstellen. Wie, dafür hat Waldmann schon Vorschläge: Es gebe Schnelltests, die bereits in 30 bis 45 Minuten ein Ergebnis liefern. „Die wären für Massentests an der Grenze ausreichend“, sagt sie. Auch eine „gepoolte Auswertung“ spare Kapazitäten. „Dazu nimmt man immer gleich ein ganzes Bündel Tests und bestimmt mit einem Genomtest, ob ein positiver darunter ist.“ Wenn

nicht, könne man sich die Einzelauswertung sparen – denn alle wären negativ. Zudem sei es wenig zielführend, jedem positiven Test einzeln hinterherzutelefonieren. „Für diese Fälle gibt es die Corona-App“, sagt Waldmann. Dem japanischen Vorbild folgend, müssten sich die Behörden stattdessen auf Fälle konzentrieren, in denen ein positiver Patient zum Beispiel auf einer Veranstaltung viele weitere Besucher angesteckt haben könnte.

Während Söder vor einem Rückschlag im Kampf gegen Corona warnte, verteidigte

Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) den Plan. Es sei richtig, zum Herbst und Winter hin „die Testkapazitäten wieder stärker auf das Gesundheitswesen auszurichten“, sagte er in Düsseldorf. „Infizieren sich momentan bei den Reisen und Partys eher die Jüngeren, gilt es nun, den Eintrag in Krankenhäuser und Pflegeheime zu minimieren, um die besonders Verwundbaren und Hochbetagten zu schützen.“

Warnungen vor einer Änderung der Testpraxis bei Reisenden kamen dagegen vom Bundesverband der Deutschen Luftver-

kehrswirtschaft. Diese habe den Luftverkehr zu vielen Zielen überhaupt erst wieder ermöglicht. Eine pauschale Quarantänepflicht nach dem Besuch von Risikogebieten sei de facto eine Reisebeschränkung, die den Verkehr zum Erliegen bringe, erklärte Verbandspräsident Peter Gerber. „Damit werden erneut rund 80 Prozent der Flugziele im Luftverkehr mit Deutschland blockiert.“ Das sei ein „bitterer Rückschritt“. dpa/hor

Ruth Waldmann
 SPD-Gesundheitsexpertin

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Muenchner Zeitungsverlag